

> Presse-Information

Lehrerverband fordert Masterplan zu Gewalt gegen Lehrkräfte in NRW

Essen, 28.02.23: Nach der Tötung einer Lehrerin in einem Berufskolleg (BK) in Ibbenbüren muss jetzt dringend gehandelt werden, um der tagtäglichen Gewalt und Verrohung in den Schulen in NRW Einhalt zu gebieten. Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB), die Bezirksregierungen und die Schulleiter:innen haben eine gesetzlich festgeschriebene Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrkräften.

Jede Schule muss für alle Beteiligten (Lehrkräfte, Schülerschaft, Eltern) ein verlässlich sicherer Ort sein. Gewalt in Schulen muss geächtet werden. Die Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer (SchaLL NRW) fordert Schulministerin Feller auf, einen Masterplan zum Schutz von Lehrkräften in NRW zu entwickeln und macht außerdem eigene Vorschläge.

Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Jede physische, psychische und sexualisierte Gewalt gegen Lehrkräfte ist inakzeptabel und zu verurteilen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die im Dienste der Allgemeinheit tätig sind, verdienen besondere Wertschätzung. Die Gesellschaft muss dafür sorgen, dass die Beschäftigten von Schulen, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst einen sicheren Arbeitsplatz haben. Jede verübte Straftat gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes muss zur Anzeige gebracht und die Betroffenen durch den Dienstherrn unterstützt werden. Für Menschen, die Opfer von Gewalt geworden sind, müssen Angebote gemacht werden, die helfen, einen Umgang mit der erlebten Gewalt zu finden. Gewalttaten können für die persönlich Betroffenen mit weitreichenden und lang anhaltenden Folgen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen verbunden sein. Ebenso können diese Gewalthandlungen negative Konsequenzen auf das Schulklima und damit auf die Schulgesundheit haben.

SchaLL fordert:

1. Wissenschaftliche Untersuchung zur Gewalt gegen Lehrkräfte:
Flächendeckende Erhebung von Daten zur Gewalt gegen Lehrkräfte von einer unabhängigen Institution durch Befragung aller Lehrkräfte in NRW

...



> Presse-Information

2. Jede Gewalttat (körperliche Attacken, Bedrohungen, Beleidigungen) müssen von Schulleitungen der Schulaufsicht gemeldet werden und bei schweren Vergehen zur Anzeige gebracht werden
3. Bezirksregierungen müssen Gewaltvorfälle wöchentlich an das MSB durch eine verbindliche Meldekette kundtun:
Wie kann es sein, dass der Unterrichtsausfall täglich an das MSB gemeldet wird, nicht aber Gewaltvorfälle?
4. Absolutes Waffenverbot an Schulen
5. Stärkung der Gewaltprävention:
Schaffung eines Krisenmanagements an jeder Schule. Im Schulgesetz § 42 (6) steht: Jede Schule erstellt ein Schutzkonzept gegen Gewalt. Wer kontrolliert die Umsetzung? Deeskalationstraining und Selbstschutztraining als Fortbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer /Schulträger/Polizei sind notwendig
6. Flächendeckende Einführung des Gütersloher Modells:
 - a) Einheitliches Orientierungssystem für schnelles und zielgerichtetes Einschreiten von Einsatz- und Rettungskräften
 - b) Funktionierende Alarmsysteme ohne Verzug und von jeder Stelle digital auslösbar (oder auch durch eine Alarm-App)
 - c) Verpflichtende Bedrohungsalarmübungen für die Handlungssicherheit des Schulpersonals
 - d) Ein digitales Notfallmanagement an allen Schulen (Schulbaurichtlinien)
 - e) Aufnahme eines Orientierungssystems in die Schulbaurichtlinien
 - f) Polizeiliche Beratung zur Erhöhung der Sicherheit durch zusätzliche Maßnahmen (MSB/Schulträger)
7. Paderborner Modell:
„Haus des Jugendrechts“ sollte landesweit eingeführt werden – Staatsanwaltschaft, Jugendämter und Polizei arbeiten eng zusammen
8. Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Lehrerinnen und Lehrer in NRW - Vorbild könnte da der Wehrbeauftragte der Bundeswehr sein.

*Stefan Nierfeld
Bildungs- und Schulpolitischer Sprecher Schall.NRW
Rainer Lummer
Schall.NRW - Mitglied im Hauptpersonalrat Gesamt- und Sekundarschulen NRW*

Vorstand

Jörg Schiller (Vorsitzender),
Boris Lutter (Stv. Vorsitzender), Thomas Altland, (Stv. Vorsitzender),
Gesa von Stebut (Schatzmeisterin), Alfred Niessen (Mitgliederverwaltung),
Stefan Nierfeld (Bildungs- und Schulpolitischer Sprecher)

**Schall fordert
Einkommensgleichstellung
(EG15/A13):**

**Gleicher Lohn für
gleiche Arbeit**

**zur Beseitigung von
Lehrkräftemangel und
Unterrichtsausfall.**

**Ziele einer gerechten
Schul- und Bildungspolitik:**

- Verdoppelung der NRW-Bildungsausgaben durch Bund und Land
- Entkopplung der Schulpolitik von Legislaturperioden
- Finanzierung der Schulen unabhängig von der Finanzkraft der Schulträger
- Einrichtung eines unabhängigen Landesbildungsrates unter Einbezug von Wissenschaft, Lehrerschaft, Elternschaft und Schülerschaft
- Einkommensgleichstellung aller Lehrkräfte

Schall.NRW vertritt seit 2001 als Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer die Interessen der Lehrkräfte in den Haupt- sowie Bezirkspersonalräten in NRW.



Jetzt Mitglied werden.
www.schall-nrw.de